



## **Presseschau**

# **zur Abstimmung über den Austritt des Kantons Schwyz aus der Kulturlastenvereinbarung**

Die nachfolgende Dokumentation enthält eine Auswahl wichtiger Artikel aus der Luzerner Zeitung, der Neue Zürcher Zeitung und dem Bote der Urschweiz.

10. September 2017, 04:38

## «Kulturförderung ist eine Staatsaufgabe»

**KULTUR · Schwyz will den interkantonalen Kulturlastenausgleich kündigen. In Zürich befürchtet man negative Auswirkungen, in Luzern sieht man der Abstimmung gelassener entgegen. Schwyzer Künstler wiederum sind besorgt, dass die Umverteilung zu ihren Lasten geht.**

Stephanie Zemp

[redaktion@zentralschweizamsonntag.ch](mailto:redaktion@zentralschweizamsonntag.ch)

In zwei Wochen stimmt die Schwyzer Bevölkerung über den Ausstieg aus dem interkantonalen Kulturlastenausgleich ab. Bei einem Ja würden bald keine Staatsgelder mehr vom Kanton Schwyz nach Luzern und Zürich fließen, um grosse kulturelle Einrichtungen wie das Opernhaus oder das KKL mitzufinanzieren. Die betroffenen Institutionen sehen dem Abstimmungsergebnis mit gemischten Gefühlen entgegen, wie eine Umfrage unserer Zeitung zeigt.

«Ein allfälliger Wegfall des Schwyzer Beitrags würde zunächst den Kanton Zürich beeinträchtigen», teilt etwa das Opernhaus in Zürich auf Anfrage mit. Sollte der Kanton Zürich die allfälligen fehlenden Einnahmen an alle seine Kultureinrichtungen weitergeben, «hätte das natürlich sehr negative Auswirkungen auf das Opernhaus Zürich, das auf jeden Franken der öffentlichen Subventionen angewiesen ist».

Gemäss Abrechnungsmodi des interkantonalen Kulturlastenausgleichs ist Schwyz dazu verpflichtet, dem Kanton Zürich zwischen 2016 und 2018 pro Jahr rund 1,2 Millionen Franken zu bezahlen. Die Beitragshöhe wird unter anderem aufgrund der Schwyzer Besucher im Opernhaus, im Schauspielhaus und in der Tonhalle berechnet.

## «Wir gehen davon aus, dass Beiträge bezahlt werden»

In Luzern sind das KKL, das Sinfonieorchester und das Luzerner Theater Nutzniesser der interkantonalen Vereinbarung. Jährlich besuchen rund 8600 Schwyzerinnen und Schwyzer Veranstaltungen dieser drei Kulturhäuser. Schwyz entrichtet Luzern deshalb in der aktuellen Abgeltungsperiode 540 000 Franken. Die Gelder werden nicht direkt an die Institutionen bezahlt, sondern an den Kanton.

Die Verantwortlichen des KKL wollen aus politischer Neutralität keine Stellung nehmen zu den Folgen der Schwyzer Abstimmung. Der Luzerner Kulturbeauftragte Stefan Sägesser sieht dem bevorstehenden Urnengang jedoch gelassener entgegen. Er sagt: «Wir haben Vertrauen in die Erklärungen des Schwyzer Regierungsrats und gehen davon aus, dass die Beiträge nach wie vor bezahlt werden.»

In der Tat will der Kanton Schwyz die Zahlungen mit einer allfälligen Kündigung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs nicht einfach einstellen. Vielmehr sollen die rund 2 Millionen Franken ab 2022 aus dem kantonalen Lotteriefonds entnommen werden. Bis dato ist dieses Geld der innerkantonalen Kulturförderung vorbehalten.

Viele Schwyzer Kulturschaffende fürchten deshalb, dass ihnen bei einem Ja an der Abstimmung mittelfristig weniger Mittel zur Verfügung stünden. Jährlich unterstützt die Kulturkommission aus dem Lotteriefonds eine Grosszahl von Vereinen, die kulturelle und andere gemeinnützige Projekte realisieren.

Franz-Xaver Risi ist als Kulturbeauftragter des Kantons Schwyz zuständig für die Fördergesuche. Er ist zuversichtlich, dass auch bei einer Kündigung der interkantonalen Vereinbarung für einen längeren Zeitraum noch genügend Geld vorhanden wäre für die lokalen Künstler: «Ich kann zwar nicht die Hand dafür ins Feuer legen, aber ich habe Stand heute keine Angst, dass der Lotteriefonds schnell aufgebraucht sein könnte.» Aktuell ist der Lotteriefonds mit 15 Millionen Franken gefüllt, jedes Jahr kommen rund 2 Millionen hinzu – je nachdem, wie viel der nationale Lotterieverband an die Kantone ausschüttet. «Wenn die Spielwut nicht zusammenbricht, wird der Fonds auch in Zukunft gut genährt sein», sagt Risi.

## Schlecht fürs Image

Doch auch wenn die finanziellen Mittel nicht verringert würden: «Ein Ausstieg wäre für das Image wohl nicht förderlich», sagt Risi. Dies sieht auch Beat Ruhstaller so. Sein Kulturverein Chärnehus in Einsiedeln erhält jedes Jahr Beiträge aus der kantonalen Förderkasse. «Wir sind der Meinung, dass Kulturförderung auch eine Staatsaufgabe ist», so Ruhstaller. Diese Aufgabe sollte seiner Ansicht nach nicht von Lottospielern abhängig gemacht werden. Zudem sieht er gewisse Gefahren, sollten sich die Kassen der inner- und ausserkantonalen Förderung vermischen. «Die Kulturkommission müsste sich noch mehr überlegen, was sie genau fördert», so der Laienschauspieler. Aussergewöhnliche Projekte, welche nicht dem Mainstream entsprechen, könnten damit verdrängt werden. Ausserdem sei diese Vereinbarung nach langem Ringen in Kraft getreten – sie ermögliche die koordinierte überregionale Förderung aus einer Hand. «Es wäre sehr schade, wenn dies in Schwyz nun aufgelöst würde», so Ruhstaller.

**Diesen Artikel finden Sie unter:**

<http://www.luzernerzeitung.ch/nachrichten/zentralschweiz/zch/abo/zas/kulturfoerderung-ist-eine-staatsaufgabe;art178344,1099499>

## Schwyz kündigt die Kulturlastenvereinbarung



US-Singer-Songwriter Randy Newman bei einem Auftritt im KKL Luzern; Diese und weitere Kulturinstitutionen unterstützt der Kanton Schwyz künftig nicht mehr aus seinem Staatshaushalt. (Archivbild) (KEYSTONE/SIGI TISCHLER)

### **KANTONALE ABSTIMMUNG SZ · Der Kanton Schwyz kündigt die Kulturlastenvereinbarung mit Luzern und Zürich. Die jährlichen Zahlungen an Kultureinrichtungen bleiben aber erhalten - sie sollen nach dem Willen des Stimmvolks ab 2021 aber neu dem kantonalen Lotteriefonds entnommen werden.**

Die Stimmberechtigten haben am Sonntag den Austritt aus der Kulturlastenvereinbarung mit einem Ja-Stimmenanteil von knapp 56 Prozent (26'926 Ja zu 21'258 Nein) angenommen. Die Stimmbeteiligung betrug 47 Prozent. Nächster möglicher Kündigungstermin ist Ende 2021.

Bislang steuerte Schwyz jährlich Beiträge von rund 1,8 Millionen Franken an die grossen Kulturhäuser in den Kantonen Zürich (Opernhaus, Schauspielhaus und Tonhalle) und Luzern (Kultur- und Kongresszentrum Luzern, Luzerner Theater, Luzerner Sinfonieorchester) bei. Das soll auch künftig so bleiben, jedoch kann mit dem Votum des Stimmvolkes das Geld fortan statt aus dem ordentlichen Staatshaushalt neu aus Mitteln des Lotteriefonds entnommen werden.

Weil Geld aus dem Lotteriefonds nicht zur Erfüllung öffentlich-rechtlicher gesetzlicher Verpflichtungen der Kantone verwendet werden darf, muss zuerst die Kulturlastenvereinbarung gekündigt werden. Gegner der Vorlage hatten bemängelt, dass dem Lotteriefonds künftig rund ein Fünftel seines Budgets fehlen würde.

Die Mehrheit der Stimmberechtigten sah in der Kündigung aber den geeigneten Schritt, um den Staatshaushalt zu entlasten. Die Befürworter hatten zudem argumentiert, andere Kantone würden ebenfalls freiwillig Beiträge an den Kulturlastenausgleich entrichten, namentlich Ob- und Nidwalden, die der 2010 in Kraft getretenen Vereinbarung nicht beitraten. Neben Schwyz, Luzern und Zürich gehören auch Zug, Uri und der Aargau dazu, wobei die Vereinbarung in letzterem Kanton jüngst ebenfalls für politische Diskussionen sorgte.

### **Mietzuschüsse einstellen**

Ums Sparen ging es auch in der zweiten Abstimmungsvorlage im Kanton Schwyz. Die Stimmberechtigten hoben mit einem Ja-Stimmenanteil von über 56 Prozent (26'659 Ja zu 20'654 Nein) das Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung auf. Dieses hatte Betagten, Invaliden, Pflegebedürftigen, Pflegepersonal und Personen in Ausbildung nicht rückzahlbare, kantonale Mietzinszuschüsse gewährt, wenn sie in vom Bund subventioniertem Wohnraum leben.

Die Vorlage bezweckte im Wesentlichen, den Kantonshaushalt um rund 130'000 Franken zu entlasten. Gegner hatten kritisiert, dass man den Schwächsten der Gesellschaft noch vor Ablauf der versprochenen Dauer zugesicherte Beiträge wieder entziehe. (SDA)

**Diesen Artikel finden Sie auf Bote der Urschweiz Online unter:**

<http://www.bote.ch/nachrichten/schweiz/schwyz-kuendigt-die-kulturlastenvereinbarung;art46447,1040937>

## Schwyzer leisten nur noch freiwillige Kulturbeiträge



Das Orchestra Filarmonica Italiana Piacenza konzertiert mit zwei Chören im KKL. (Pius Amrein (Luzern, 18. März 2017))

### **ABSTIMMUNG · Der Kanton will weiterhin 1,8 Millionen an den interkantonalen Kulturlastenausgleich zahlen – das Geld wird aber einem anderen Topf entnommen. Die Beitragshöhe könnte künftig für Diskussionen sorgen.**

Jürg Auf der Maur  
J.AUFDERMAUR@BOTE.CH

Ab 2022 wird der Kanton Schwyz die Beiträge an den Kulturlastenausgleich nicht mehr aus Steuergeldern bezahlen. Von da an werden die 1,8 Millionen Franken dem Lotteriefonds entnommen – auf freiwilliger Basis. Dies haben die Stimmbürger gestern mit 26 926 Ja- gegenüber 21 258 Nein-Stimmen entschieden. Bei einer Stimmbeteiligung von 47,1 Prozent sagten 55,9 Prozent Ja zur Vorlage. «Ich hätte das Resultat weniger deutlich erwartet», sagt der für die Kultur zuständige Regierungsrat Michael Stähli (CVP).

Zum Konkordat über den Kulturlastenausgleich gehören derzeit die Kantone Luzern, Zug, Schwyz, Uri, Zürich und Aargau. Obwalden und Nidwalden leisten Beiträge, sind der Vereinbarung aber nicht beigetreten. Unterstützt werden sechs Institutionen: In Zürich profitieren das Opernhaus, das Schauspielhaus sowie die Tonhalle; in Luzern das KKL, das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester.

Wenig erstaunt über das Resultat – im Gegensatz zu Stähli – zeigte sich gestern der Luzerner Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP). Dennoch sagte er: «Wir bedauern den Entscheid sehr, da aus unserer Sicht eine verbindliche Zusicherung der Mittel wünschenswert gewesen wäre. Wir sind jedoch froh um das Bekenntnis der Schwyzer Regierung, die Finanzierung auch weiterhin in gleicher Höhe bereitstellen zu wollen.» Der interkantonale Kulturlastenausgleich sei für Luzern wie auch für Zürich «zentral, um weiterhin ein breites Kulturprogramm anbieten zu können».

#### **SVP und FDP als Abstimmungssieger**

Die Ängste, Schwyz könnte in naher Zukunft Ernst machen und auch aus dem Lotteriefonds keine Beiträge mehr an den Kulturlastenausgleich entrichten, hält FDP-Parteipräsidentin Marlene Müller für «übertrieben». Doch man müsse sich solcher Sorgen annehmen und ein Auge darauf richten, dass es nicht so weit komme. Müller: «Ich will keinen Abbau bei der Kultur.»

Müller von der FDP wie auch SVP-Präsident Roland Lutz gehören zu den Abstimmungssiegern. Lutz sprach von einem «guten Entscheid». Dass nun die erste Stufe ausgelöst werde, nachdem im Kantonsrat von der SVP die Zahlungen bereits generell in Frage gestellt wurden, weist er zurück. «Es gibt diese Stimmen. Aus meiner Sicht stellt sich eher die Frage der Höhe. Nicht die Zahlungen an sich, sondern die Beitragshöhe könnte wohl dereinst zum Diskussionsthema werden.»

Nur gerade in zwei der insgesamt 30 Gemeinden – in Schwyz und in Innerthal – wurde die Vorlage abgelehnt. Auffallend ist, dass in der Steueroase Ausserschwyz – dort, wo prozentual wohl die meisten Schwyzer Opernhaus-Besucher leben – der Anteil jener am höchsten ist, die für den Ausgleich nicht mehr auf Steuergeld, sondern auf den Lotteriefonds zurückgreifen wollen. Der Ja-Wert in den Höfen erreicht mit 62,4 Prozent den grössten Ja-Anteil. In Schwyz (53,0 Prozent), Gersau (54,5) oder Küssnacht (56,9) fällt die Zustimmung deutlich schwächer aus.

Mitarbeit: Ismail Osman

# Bote

der Urschweiz



## Kleine Modelle ganz gross

In der Seebner Badi war eine grosse Show der Modelle angesagt. **9**

## Chlosterchilbi ein Hit

Der Floh- und Kreativmarkt wirkte als Publikumsmagnet. **9**

## Von Seil mitgeschleift

Ein ungewöhnlicher Unfall ereignete sich in Pfäffikon. **32**

Gesamtausgabe Luzerner Zeitung

A Z 6430 Schwyz | 159. Jahrgang | Nr. 221 | Fr. 1.80 | www.bote.ch

# Jetzt wird Annullierung gefordert

**Kulturlastenausgleich** Am knappen Ja zur Abschaffung des Kulturlastenausgleichs sei das einseitige Abstimmungsbüchlein schuld. CVP und SP beharren auf einer Annullierung des gestrigen Urnengangs.

Jürg Auf der Maur

Ab 2022 wird der Kanton Schwyz den Kulturlastenausgleich nicht mehr aus Steuergeldern bezahlen. Ab dann werden die rund 1,8 Mio. Franken dem Lotteriefonds entnommen. Bei einer Stimmbeteiligung von 47,1 Prozent haben rund 56 Prozent der regierungsrätlichen Vorlage zugestimmt. 26 926 Ja standen 21 258 Nein gegenüber.

### Kritik an «völlig einseitigem Abstimmungsbüchlein»

Damit geht ein Abstimmungskampf zu Ende, der in den Augen vieler als äusserst flau wahrgenommen wurde. «Ich habe die Gegner präsenter wahrgenommen», sagt allerdings der für die Kultur zuständige Regierungsrat Michael Stähli. Er habe deshalb mit einem «nicht so deutlichen Resultat gerechnet».

Ganz anders wird das Ergebnis auf der Verliererseite wahrgenommen. Mit einem Ja-Anteil von nicht einmal 56 Prozent sei dieses äusserst knapp ausgefallen, erklären SP-Präsident Andreas Marty und CVP-Präsident Bruno Beeler glei-



Beharrt auf seiner Beschwerde: Bruno Beeler. Bild: Jürg Auf der Maur

chermassen. Schuld sei das «völlig einseitige Abstimmungsbüchlein». Jetzt sei das Verwaltungsgericht gefragt. Beeler: «Die Abstimmung muss wiederholt werden, und das Gericht muss der Regierung sagen, was sie zu tun hat.» **3**

## Kommentar

### Gericht muss Stellung beziehen

Es ist für den Kanton Schwyz eine ganz spezielle Abstimmung, die gestern ihren vorläufigen Abschluss fand. Da ist zum einen der Abstimmungskampf, der von den meisten doch eher als lahm wahrgenommen wurde. Die Kulturschaffenden und ihre Verbände taten sich schwer, sich öffentlich zu positionieren und für ihre Anliegen zu kämpfen. Die Furcht, selber nicht mehr in die Kränze zu kommen, wenn Geld verteilt wird, war bei verschiedenen Kantonalverbänden geradezu spürbar.

Aussergewöhnlich ist, dass mit dem Urnengang die Abstimmung nicht zu Ende ist, sondern jetzt auf der juristischen Ebene erst recht losgeht. Dass die Beschwerdeführer aus SP und CVP auf einer Annullierung beharren und einen Gerichtsentscheid zum Abstimmungs-

büchlein verlangen, ist aus ihrer Sicht verständlich und nachvollziehbar.

Eine andere Frage ist, ob eine Abstimmungswiederholung von den Stimmbürgern goutiert würde. Das Vorgehen könnte auch kontraproduktiv sein und für die Gegner zum Bumerang werden, indem viele erst recht Ja sagen. Damit soll das Verwaltungsgericht aber nicht aus der Pflicht genommen werden. Es muss nun klar sagen, was ins Abstimmungsbüchlein gehört und was nicht.



Jürg Auf der Maur, Chefredaktor



Die Swiss Army Big Band im MythenForum in Schwyz. Bild: Bert Schnüriger

## Schwyzener Marsch im Jazz-Gewand

**Schwyz** Die Swiss Army Big Band ist eine der fünf hochklassigen Formationen des Schweizer Armeespiels. Am Samstag war die Swiss Army Big Band im MythenForum Schwyz zu Gast und bot ein mitreissendes Jazzkonzert. Die Leitung hat seit Januar 2015 der Ausserschwyzer Gastdirigent Edgar Schmid. (red) **7**

## Radio sendete live von Hess-Jubiläum

**Küssnacht** Der Küssnachter Beat Tschümperlin moderierte eine Livesendung auf der SRF Musikwelle, die zum Anlass des 50-Jahr-Jubiläums der Ländlerformationen Gebrüder Hess und Hess Buebe von der Seebodenalp ausgestrahlt wurde. Saal und Restaurant im Hotel Seebodenalp waren voll. Die Stimmung war genial. (chrj) **11**

## Bittere Enttäuschung für Union und SPD

**Berlin** Bei den gestrigen Bundestagswahlen haben Union und SPD dramatisch an Wählern verloren. Ihre grosse Koalition ist am Ende. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz will trotzdem Parteichef bleiben. Besorgt ist er vor allem über das starke Abschneiden der Rechtspopulisten.

Angela Merkel dürfte künftig mit der FDP und den Grünen regieren. Drittstärkste Kraft in Deutschland sind neu die Rechtspopulisten von der AfD. Sie ziehen mit 13,5 Prozent triumphal in den Bundestag ein. (red) **28, 29**

## HEUTE

Ratgeber	6
Küssnacht	11
Immobilien	12, 14
Zentralschweiz	13
Fernsehen	15
Sport	16-24
Wohin man geht	31
Letzte Seite	32



## Seewen mit zu wenig Emotionen



**Eishockey** Der EHC Seewen hat zum Meisterschaftsstart gegen Brandis einen Fehlstart hingelegt. Seewen verlor 2:6 zu Hause. Im Bild Seewens Nino Marzan (links) und Brandis' Marco Blaser. **23**

Bild: Erhard Gick

## 62,2 Prozent der Schwyzer sagten Nein

**Altersreform** Die Reform der Altersvorsorge ist überraschend deutlich gescheitert. 52,7 Prozent haben Nein gesagt zur Gesetzesvorlage.

Die Verfassungsänderung, die für die Erhöhung der Mehrwertsteuer nötig war, scheiterte knapp mit 50,1 Prozent. Auch das Ständemehr kam nicht zustande.

Für eine Reform der Altersvorsorge hätten beide Vorlagen angenommen werden müssen. Nun aber sagten 1 320 800 Stimmberechtigte Nein zur Gesetzesänderung, 1 186 100 stimmten ihr zu. Die Verfassungsänderung lehnten 1 257 000 Stimmberechtigte ab, 1 254 600 nahmen sie an.

Auch das Ständemehr verfehlte die Verfassungsänderung klar. Dafür wären zwölf Ständesstimmen nötig. Doch elf Kantone und fünf Halbkantone sagten Nein. Mit 62,7 Prozent Nein lehnte der Kanton Appenzell Innerrhoden diese Vorlage am deutlichsten ab. Schwyz stimmte mit 62,2 Prozent gegen die Mehrwertsteuererhöhung, Glarus mit 61,4 Prozent.

### Berset bleibt trotz Niederlage motiviert

Einig sind sich alle, dass Reformbedarf besteht. Die Aufgabe bleibt Bundesrat Alain Berset (Bild) vorbehalten, der sich im Vorfeld stark für ein Ja engagierte. Er bleibe voll motiviert, erklärte Berset gestern vor den Medien. (sda) **5, 25/26**



- Schwyzer Mietverträge
- Zeitung | Newsletter
- Rechtsauskunft
- Vergünstigungen etc.

Hauseigentümerverband  
Tel. 041 811 56 77 | hev-sz.ch

## Dritter WM-Titel in Serie

**Rad** Peter Sagan hat Historisches geschafft: Der Slowake hat das Strassenrennen an der WM in Norwegen gewonnen. Damit hat Sagan als erster Fahrer überhaupt zum dritten Mal in Folge WM-Gold geholt. Er gewann nach 267,5 km im Sprint des Feldes vor dem Einheimischen Alexander Kristoff. Bester Schweizer war Michael Albasini auf dem siebten Rang. (sda) **24**



Der überragende Peter Sagan gewann wieder Gold. Bild: Keystone

# Das stärkste Ja kommt ausgerechnet aus der Schwyzer Steueroase

**Kulturlastenausgleich** Mit einem Ja-Anteil von über 62 Prozent sagt der Bezirk Höfe am deutlichsten, die auswärtige Kultur nur noch aus dem Lotteriefonds zu bezahlen. Nur zwei Gemeinden lehnten die Vorlage ab.

**Jürg Auf der Maur**

So strahlen Sieger: Sowohl SVP-Präsident Roland Lutz wie seiner Schwyzer FDP-Amtskollegin Marlene Müller ist die Freude über das gelungene Abstimmungswochenende deutlich anzusehen. «Es war sehr knapp, aber grundsätzlich entspricht das Resultat dem, was im Vorfeld auf der Strasse zu hören war», sagt Marlene Müller.

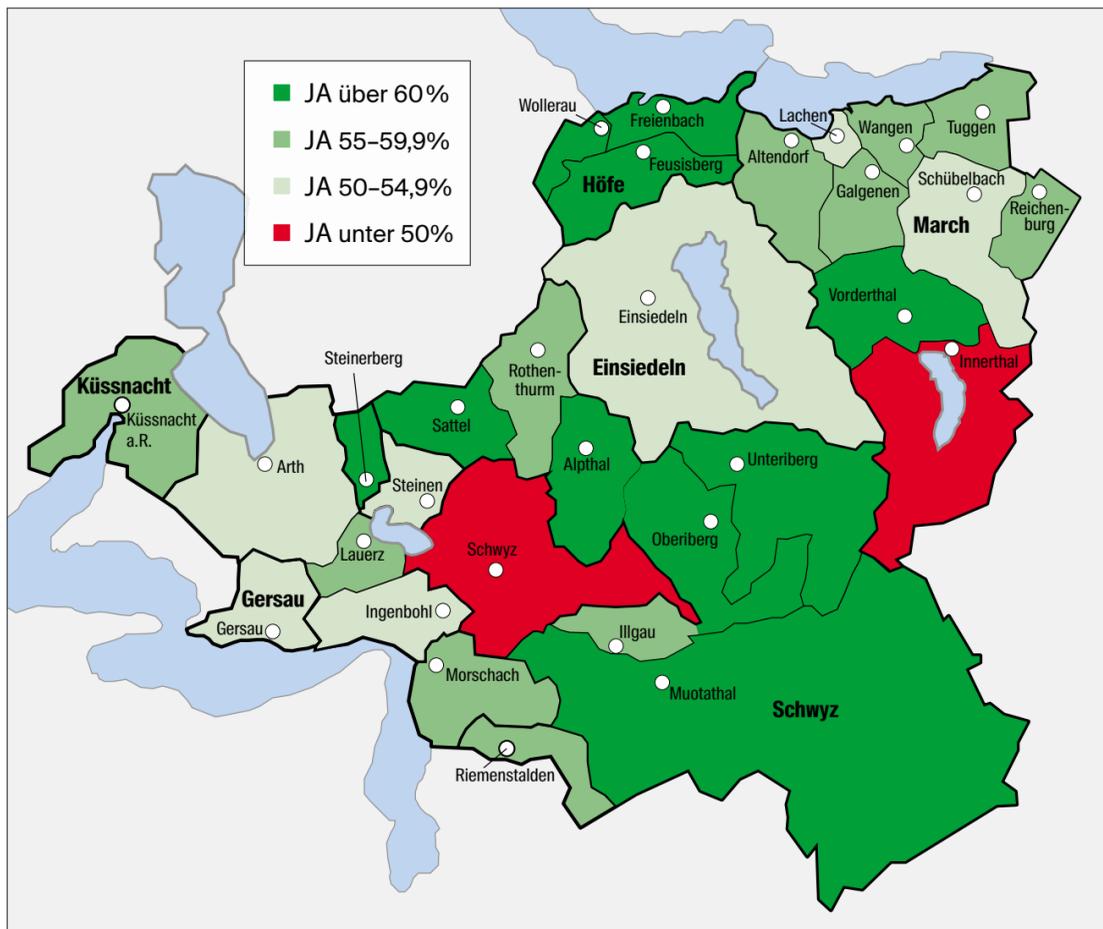
Die Ängste jedoch, Schwyz könnte in naher Zukunft Ernst machen und den Kulturlastenausgleich auch nicht mehr aus dem Lotteriefonds entrichten und damit einen grossen Imageschaden auslösen, hält sie für «übertrieben.» Doch man müsse diese Ängste ernst nehmen und ein Auge darauf richten, dass es nicht so weit komme. Müller: «Ich will keinen Abbau bei der Kultur.»

Roland Lutz, SVP-Präsident, sprach gestern generell von einem «guten Entscheid». Dass damit nun einfach die erste Stufe ausgelöst worden sei, nachdem in der Kantonsratssession von SVP-Seite die Zahlungen bereits generell in Frage gestellt wurden, weist er aber zurück. «Es gibt diese Stimmen. Aus meiner Sicht stellt sich jedoch eher die Frage der Höhe. Nicht die Zahlungen an sich, sondern die Beitragshöhe könnte wohl der einst zum Diskussionsthema werden.»

**SP und CVP beharren auf der Beschwerde vor Gericht**

Mit 56 Prozent Ja und 44 Prozent Nein sagten die Schwyzer gestern eher knapp Ja dazu, dass der interkantonale Kulturlastenausgleich nicht mehr aus der ordentlichen Kasse des Kantons, sondern künftig aus dem Lotteriefonds entrichtet wird. «Ich hätte das Resultat weniger deutlich erwartet», gibt sich Regierungsrat Michael Stähli überrascht.

Ein Blick auf die Karte (siehe nebenan) zeigt, dass nur gerade in zwei Ge-



Nur in der Gemeinde Schwyz und in Innerthal setzte sich die Position von Regierung und Kantonsratsmehrheit nicht durch. Hier wurde die Kulturlastenvorlage abgelehnt. Grafik: Benno Schönbächler

meinden, nämlich in Schwyz und in Innerthal, die Vorlage von Regierung und Kantonsratsmehrheit abgelehnt wurde. In 15 der insgesamt 30 Gemeinden lag die Zustimmung über dem Durchschnitt. Auffallend ist, dass in der

Steueroase Ausserschwyz, dort, wo prozentual wohl die meisten Schwyzer Opernhaus-Besucher leben, der Anteil am höchsten ist, die für den Ausgleich nicht mehr auf Steuergeld, sondern auf den Lotteriefonds zurückgreifen wol-

len. Der Ja-Wert in den Höfen erreicht mit 62,4 Prozent den grössten Ja-Anteil aller Bezirke. In Schwyz (53,0 Prozent), Gersau (54,5) oder Küsnacht (56,9) fällt die Zustimmung deutlich schwächer aus.

Entsprechend enttäuscht zeigt sich auch die SP-Spitze: «Die Höfe verabschieden sich immer stärker aus der Solidarität», sagt etwa der Schwyzer SP-Fraktionschef Paul Furrer.

Immerhin, so SP-Präsident Andreas Marty, sei das Resultat «relativ knapp» ausgefallen. Marty wie CVP-Präsident Bruno Beeler sehen jetzt das Verwaltungsgericht in der Pflicht. «Wir bleiben dabei. Die Abstimmung muss wiederholt werden», sagt Beeler. Der Unterschied von 5 bis 6 Prozent zwischen einer Ja- oder Nein-Mehrheit sei sehr gering. Beeler: «Das Abstimmungsbüchlein war völlig einseitig. Viele Leute kannten die Gegenargumente gar nicht.» Jetzt muss das Verwaltungsgericht entscheiden. Die erste Forderung, die Abstimmung auf später zu verschieben, um Klarheit zu bekommen, lehnte dieses bekanntlich ab.

«Ich habe das Resultat weniger deutlich erwartet.»



**Michael Stähli**  
Regierungsrat



Der neue «Umweltminister» von Alpthal, Patrick Gyr. Bild: pd

**Patrick Gyr**  
neuer Gemeinderat

**Alpthal** Die Stimmbürger der Gemeinde Alpthal haben Patrick Gyr, Jahrgang 1971, Riedbodenweg 1, mit 176 der 192 gültigen Wahlstimmen zum neuen Gemeinderat für den Rest der Amtsperiode (bis Ende Juni 2018) gewählt. Er ersetzt Marco Steiner, der per Ende Mai nach dreijähriger Tätigkeit im Gemeinderat auf eigenen Wunsch ausgeschieden ist. Steiner stand dem Ressort Umwelt vor. Dessen Geschäfte führte seither sein Stellvertreter Adrian Fässler.

Patrick Gyr wird nach dem Ablegen des Amtseides das Umweltressort übernehmen. Er wäre bereit, nächstes Jahr erneut zu kandidieren – dann für eine volle Amtsdauer von vier Jahren. (ste)

## «Die Solidarität funktioniert nur von unten»

**Wohnbauförderung** Im hohen Nein zur Wohnbauförderung in den reicheren Höfner Gemeinden sieht die SP die Solidarität gefährdet. Die Höfe würden sich immer mehr daraus verabschieden.

Ums Sparen ging es auch in der zweiten Abstimmungsvorlage, die gestern im Kanton Schwyz den Stimmbürgern vorgelegt wurde. Die Stimmberechtigten hoben mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 56 Prozent (26 659 Ja zu 20 654 Nein) das Gesetz über die Wohnbau- und Eigentumsförderung auf. Dieses hatte Betagten, Invaliden, Pflegebedürftigen, Pflegepersonal und Personen in Ausbildung nicht rückzahlbare kantonale Mietzinszuschüsse gewährt, wenn sie in vom Bund subventioniertem Wohnraum leben.

Die Vorlage bezweckte im Wesentlichen, den Kantonshaushalt um rund 130 000 Franken zu entlasten. Gegner hatten kritisiert, dass man den Schwächsten der Gesellschaft noch vor Ablauf der versprochenen Dauer zugesicherte Beiträge wieder entziehe.

**Deutlichstes Ja aus Küsnacht und Höfe**

Die Enttäuschung über das Abstimmungsergebnis ist insbesondere bei den Schwyzer Sozialdemokraten gross: «Wir hätten gedacht, dass es mit dem ständigen Abbau endlich aufhört», erklärte SP-Präsident Andreas Marty gestern auf Anfrage. Vor allem vom Abstimmungsverhalten in den reichen Bezirken sieht sich auch SP-Fraktionschef Paul Furrer ent-

täuscht, der gleichzeitig die Sozialkommission des Kantonsrates präsidiert. «Die Solidarität spielt nur von unten nach oben. Die Höfe und Küsnacht verabschieden sich immer mehr daraus», hält er fest. Grund: Mit 63,1 und 62,9 Prozent wurde hier der höchste Ja-Anteil

verzeichnet und damit die Wohnbauförderung am deutlichsten beendet. In Gersau wurde dieses Ansinnen im Gegensatz abgelehnt.

Insgesamt sagten vier Gemeinden Nein zum Vorhaben von Regierung und Kantonsratsmehrheit, nämlich Mor-

schach, Riemenstalden, Gersau und Innerthal. FDP-Präsidentin Marlene Müller betont in einer Stellungnahme, dass mit dem Ja die Wohnbauförderung nun «einfach früher» auslaufe als das eh schon geplant gewesen sei.



Die Enttäuschung ist gross: Paul Furrer (links), SP-Fraktionschef, und Andreas Marty, SP-Präsident, bedauern einen weiteren Abbau. Bild: Jürg Auf der Maur

«Die Förderung läuft einfach früher aus.»



**Marlene Müller**  
FDP-Präsidentin

### Uri sagt klar Ja zum Spitalneubau

**Abstimmung** Die Urner haben gestern mit einer 85,5-Prozent-Mehrheit dem Um- und Neubau des Kantonsospitals zugestimmt. Mit 115 Millionen Franken ist es das grösste Hochbau-Vorhaben, das der Kanton je unternommen hat. «Ich habe eine riesige Freude über dieses Resultat», sagte gestern Gesundheitsdirektorin Barbara Bär. «Die Bevölkerung steht klar hinter einem eigenen Spital. Die nahe Versorgung ist ein wichtiger Teil für Uri als Wohnkanton.» Auch Spitalratspräsident Peter Vollemweider zeigte sich positiv überrascht vom Resultat. «Ich bin sehr dankbar über das Ergebnis. Die Bevölkerung hat die Notwendigkeit eines Neubaus erkannt.»

Beim Kredit standen 9209 Ja-1563 Nein-Stimmen gegenüber. Fast überall lag die Zustimmung bei über 80 Prozent. Die geringsten Ja-Anteile kamen in Seelisberg (78,5 Prozent) und Stikton (79,2) zu Stande. Am deutlichsten Ja sagte das Urserental. Hier sprach sich Hospital mit 95,2 Prozent, Realp mit 93,4 Prozent und Andermatt mit 90,9 Prozent für den Kredit aus. Diese Werte erstaunen Barbara Bär nicht. «Die Urschener haben den längsten Weg ins Urserental, finden aber eine erweiterte Grundversorgung im eigenen Kanton wichtig.»

Die 115 Millionen Franken sind für den Kanton Uri alles andere als ein Klacks. «Der Kosteneinleitung wird bei der Umsetzung ein sehr hohes Gewicht beigemessen», sagt Bär. Auch das Spital hofft, dass sich die veranschlagten Ausgaben einhalten lassen. «Wir haben ein direktes Interesse daran, dass die Kosten im Griff gehalten werden können», sagt Spitalratspräsident Peter Vollemweider. Denn: Je höher die Baukosten, desto höher die Nutzungsgebühr. «Wir werden mit allen Mitteln versuchen, dass die 115-Millionen-Grenze nicht überschritten wird.» (zf)

# Nur noch freiwillige Kulturbeiträge

**Schwyz** Der Kanton will weiterhin 1,8 Millionen an den interkantonalen Kulturlastenausgleich zahlen – das Geld wird aber einem anderen Topf entnommen. Die Beitragshöhe könnte künftig für Diskussionen sorgen.

Jürg Auf der Maur  
j.aufmaur@birs.ch

Ab 2022 wird der Kanton Schwyz die Beiträge an den Kulturlastenausgleich nicht mehr aus Steuergeldern bezahlen. Von da an werden die 1,8 Millionen Franken dem Lotteriefonds entnommen – auf freiwilliger Basis. Dies haben die Stimmbürger gestern mit 26926 Ja-gegenüber 21258 Nein-Stimmen entschieden. Bei einer Stimmbeteiligung von 47,1 Prozent sagten 55,9 Prozent Ja zur Vorlage. «Ich hätte das Resultat weniger deutlich erwartet», sagt der für die Kultur zuständige Regierungsrat Michael Stähli (CVP).

Zum Konkordat über den Kulturlastenausgleich gehören derzeit die Kantone Luzern, Zug, Schwyz, Uri, Zürich und Aargau, Obwalden und Nidwalden letzten

#### Kulturlastenausgleich

55,9% JA 44,1% NEIN

Stimmbeteiligung: 47,1%

Beiträge, sind der Vereinbarung aber nicht beigetreten. Unterstützt werden sechs Institutionen: In Zürich profitieren das Opernhaus, das Schauspielhaus sowie die Tonhalle; in Luzern das KKL, das Luzerner Theater und das Luzerner Sinfonieorchester.

Wenig erstaunt über das Resultat – im Gegensatz zu Stähli – zeigte sich gestern der Luzerner Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP). Dennoch sagte er: «Wir bedauern den Entscheid sehr, da



Das Orchestra Filarmonica Italiana Piccola konzertiert mit zwei Chören im KKL.

«Der interkantonale Kulturlastenausgleich ist für Luzern wie auch für Zürich zentral, um weiterhin ein breites Kulturprogramm anbieten zu können.»

Reto Wyss  
Luzerner Bildungs- und Kulturdirektor

aus unserer Sicht eine verbindliche Zusicherung der Mittel wünschenswert gewesen wäre. Wir sind jedoch froh um das Bekenntnis der Schweizer Regierung, die Finanzierung auch weiterhin in gleicher Höhe bereitstellen zu wollen.» Der interkantonale Kulturlastenausgleich sei für Luzern wie auch für Zürich «zentral, um weiterhin ein breites Kulturprogramm anbieten zu können.»

#### SVP und FDP als Abstimmungsleger

Die Ängste, Schwyz könnte in naher Zukunft Ernst machen und auch aus dem Lotteriefonds keine Beiträge mehr an den Kulturlastenausgleich entrichten, hält FDP-Parteipräsidentin Marlene Müller für «übertrieben». Doch man müsse sich solcher Sorgen annehmen und ein Auge darauf richten, dass es nicht so weit komme. Müller: «Ich will keinen Abbau bei der Kultur.»

Müller von der FDP wie auch SVP-Präsident Roland Lutz gehören zu den Abstimmungs-

legern. Lutz sprach von einem «guten Entscheid». Dass nun die erste Stufe ausgelöst werde, nachdem im Kantonsrat von der SVP die Zahlungen bereits generell in Frage gestellt wurden, weist er zurück. «Es gibt diese Stimmen. Aus meiner Sicht stellt sich eher die Frage der Höhe. Nicht die Zahlungen an sich, sondern die Beitragshöhe könnte wohl dererust zum Diskussionssthema werden.»

Nur gerade in zwei der insgesamt 30 Gemeinden – in Schwyz und in Innerthal – wurde die Vorlage abgelehnt. Auffallend ist, dass in der Steuermasse Ausserschwyz – dort, wo prozentual wohl die meisten Schwyzer Opernhaus-Besucher leben – der Anteil jener am höchsten ist, die für den Ausgleich nicht mehr auf Steuergeld, sondern auf den Lotteriefonds zurückgreifen wollen. Der Ja-Wert in den Höfen erreicht mit 62,4 Prozent den grössten Ja-Anteil. In Schwyz (53,0 Prozent), Gersau (54,5) oder Küssnacht (56,9) fällt die Zustimmung deutlich schwächer aus.

Nun bleibt abzuwarten, ob die Abstimmung allenfalls ein Nachspiel hat: CVP und SP haben bekanntlich eine Stimmschwerelosigkeit eingereicht. Ihrer Meinung nach wurde im Abstimmungsbüchlein zu wenig transparent informiert (Ausgabe vom 16. September). SP-Präsident Andreas Marty wie auch CVP-Präsident Bruno Beeler sehen nun das Verwaltungsgericht in der Pflicht. «Wir bleiben dabei. Die Abstimmung muss wiederholt werden», sagt Beeler. Der Unterschied von 5 bis 6 Prozent zwischen einer Ja- oder Nein-Mehrheit sei sehr gering. «Viele Leute kamen die Gegenargumente gar nicht.»

Mitarbeit: Ismail Osman

NZZ vom 25. September 2017, S. 13

## Schwyz steigt aus Kultur in Zürich und Luzern wird freiwillig unterstützt

Die Stimmberechtigten des Kantons Schwyz haben der Kündigung des interkantonalen Kulturlastenausgleichs zugestimmt. Der von der Regierung und der Mehrheit des Kantonsrats beantragte Sparbeschluss fand eine Mehrheit von 55,9 Prozent. Vorerst ändert sich für die Kulturinstitutionen in den Kantonen Zürich (Opernhaus, Schauspielhaus, Tonhalle) und Luzern (Kultur- und Kongresszentrum, Theater, Sinfonieorchester) nichts. Die Beiträge in der Höhe von jährlich 1,8 Millionen Franken fliessen in Zukunft aus dem Schwyzer Lotteriefonds statt aus der Staatskasse.

Beat Hensler, Sekretär der Zentralschweizer Regierungsdirektorenkonferenz, sieht gegenwärtig keine Anzeichen dafür, dass es zu einem Dominoeffekt kommt und andere Kantone das Kon-

konordat ebenfalls per Ende 2021 kündigen werden. Allerdings zahlt der Kanton Zug seine Beiträge ebenfalls aus seinem Lotteriefonds, will die Vereinbarung jedoch nicht kündigen.

Am deutlichsten stimmte dem Ausstieg der stark auf Zürich ausgerichtete Bezirk Höfe zu, wo der Ja-Stimmen-Anteil bei 62,4 Prozent lag. Auch die Gemeinden des Bezirks March zeigten sich nicht sehr freundlich gegenüber den Kulturinstitutionen. Dort legten 56,1 Prozent ein Ja in die Urne. Als eine der wenigen Gemeinden lehnte der Hauptort Schwyz die Vorlage ab. Die Gegner befürchten, dass in Zukunft kulturelle Vereine, Institutionen und Veranstaltungen aus dem Kanton Schwyz weniger Mittel aus dem Lotteriefonds erhalten werden.

## Vier Einsprachen gegen «Seerose»

**Vitznau** Noch ankert die «Seerose», die als schwimmende Bühne für den Gästival-Sommer 2015 errichtet wurde, in Flöelen. Schon seit geraumer Zeit versucht der Verein für Musik und Theater (Muth), die markante Plattform nach Vitznau zu bringen. Bislang erfolglos.

Das Gesuch des Vereins, die «Seerose» ab Oktober bis im kommenden Mal im alten Strandbad von Vitznau überwintern zu lassen, lag bis am Samstag öffentlich auf. Ob die «Seerose» bald in Vitznau zu sehen ist, bleibt abzuwarten: Laut Mirja Weber, Kommunikationsverantwortliche beim Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern, sind bislang vier Einsprachen gegen die Überwinterung eingegangen. Es könnten noch weitere hinzukommen, da die Postaufgabe relevant ist. In Vitznau hat sich zudem eine IG gegen die «Seerose» gegründet (Ausgabe vom Samstag). (mst)

## Zwei Verletzte nach Autounfall

**Heilbühl** Auf der Heilbühlstrasse kam es gestern zu einem Unfall: Kurz vor 7 Uhr geriet ein Automobil auf der Höhe Neusteichenrain aus ungeklärten Gründen auf die Gegenfahrbahn. Dabei kollidierte er mit einem entgegenkommenden Fahrzeug, wie die Luzerner Polizei mitteilt. Die beiden Lenker wurden leicht bis mittelschwer verletzt. Ein Beifahrer musste betreut werden. Alle drei Personen wurden ins Spital gebracht. Die Strasse musste vorübergehend gesperrt werden. Im Einsatz standen die Feuerwehren Neuenkirch und Reussbühl. (red)

# Kulturvertreter bewahren Ruhe

**Abstimmung** Der Kanton Schwyz zahlt seine Beiträge für die Kulturförderung bald über den Lotteriefonds. Damit geht die Rechtssicherheit verloren – trotzdem verfällt man in Luzern nicht in Panik.

**Kilian Küttel**  
kilian.kuettel@luzernerzeitung.ch

Es könnte ein Resultat mit Symbolcharakter sein: Am Sonntag haben 55,9 Prozent der Schwyzer Stimmbürger beschlossen, aus der Interkantonalen Kulturlastenvereinbarung auszutreten. Also aus jenem Konkordat, das jährlich 11,8 Millionen Franken an Kulturhäuser in Luzern und Zürich ausbezahlt. Nebst diesen Kantonen gehören dem Konkordat Zug, Uri und Aargau an. Aus der Schwyzer Kasse fliessen pro Jahr rund 1,2 Millionen Franken nach Zürich und 540 000 Franken nach Luzern. Dieses Geld kommt dem Sinfonieorchester, dem Luzerner Theater und dem KKL zugute (Ausgabe von gestern).

Das soll sich auch ab 2022 nicht ändern – also ab jenem Jahr, in welchem Schwyz nicht mehr der Kulturlastenvereinbarung angehören wird. Dieses Versprechen beteuert der Schwyzer Bildungsdirektor, Michael Stähli: «Wir werden die Beiträge auch weiterhin entrichten. Nur eben, ohne unser Budget zu belasten.»

### Kulturbeauftragter bedauert Schwyzer Entscheid

Wie funktioniert das? Der Kanton Schwyz bedient sich bei den Lotteriestat bei den Steuergeldern. Auf den ersten Blick ein eleganter Schritt: Die Regierung entlastet die Staatskasse, ohne dass die Kulturbetriebe in den anderen Kantonen zu leiden haben. Auf den zweiten Blick relativiert sich diese Aussage. Denn bei der Kulturlastenvereinbarung handelt es sich um eine gesetzliche Ver-



Szene aus «Le Grand Macabre» im Luzerner Theater.

Bild: Ingo Höhn/Luzerner Theater (8. September 2017)

pflichtung. Tritt Schwyz aus, geht die Rechtssicherheit verloren. Zürich und Luzern haben also keine Garantie mehr, sondern müssen sich mit einem Versprechen zufriedengeben. Für Birgit Auferbeck Steber, Stiftungsratspräsidentin des Luzerner Theaters, ist klar: «Wir gehen fest davon aus, dass die Beiträge auch in Zukunft und in gleicher Höhe fliessen werden.»

Keine Stellung nehmen wollen das KKL und das Sinfonieorchester. Der Kulturlastenaus-

gleich sei Sache des Kantons, nicht der Institutionen. Damit sprechen sie den Luzerner Kulturbeauftragten Stefan Sägger an. Auch dieser glaubt, dass Schwyz die Beiträge weiterhin entrichten wird. Dennoch macht er klar: «Persönlich bedauere ich den Schritt aus Schwyz, weil er die Interkantonale Vereinbarung im Grundsatz schwächt.» Womit wir beim Symbolcharakter wären. Denn Schwyz ist nicht der einzige Zentralschweizer Kanton, der gegen die Kulturlasten-

vereinbarung ist. So waren die Kantone Ob- und Nidwalden nie Vereinbarungspartner, sondern entrichten freiwillige Beiträge. Und auch im Kanton Aargau wurden Stimmen laut, die einen Austritt verlangten. Eine entsprechende Vorlage schickte das Aargauer Kantonsparlament zwar bachab. Allerdings beauftragte es die Regierung, die neuen Beiträge hart zu verhandeln.

Diese werden 2019 festgelegt. Folgen andere Kantone nun dem Schwyzer Beispiel? Michael

«Wir gehen fest davon aus, dass die Beiträge auch in Zukunft und in gleicher Höhe fliessen werden.»

**Birgit Auferbeck Steber**  
Stiftungsratspräsidentin  
Luzerner Theater

Stähli sagt: «Jeder Kanton muss zusehen, wie er seinen Haushalt stabilisiert. Mit dem Austritt aus der Vereinbarung haben Regierung und Parlament einen Beitrag zur Entlastung des Staatshaushaltes gesehen und diese zur Umsetzung empfohlen.»

### Schwyz zahlt sicher bis 2032

Trotzdem sagt Regierungsrat Stähli nochmals, die Finanzierung sei gesichert: «2022 wird die Massnahme greifen, und mindestens bis ins Jahr 2032 sind genügend Mittel im Lotteriefonds, damit es zu keinem Verdrängungskampf kommt.» Wie es darüber hinaus weitergeht, lässt Stähli offen – auch weil bis dann eine andere Regierung am Ruder sein wird. «Je nachdem, wie die finanzielle Situation dann aussieht, könnte der Beschluss wieder überdacht werden. Aber das ist Spekulation.»

# Der Kulturlastenausgleich ist keine Lotterie

*Die Kündigung des Vertrags durch den Kanton Schwyz stösst auf Unverständnis*

Regierungsrätin Jacqueline Fehr strebt eine Deutschschweizer Vereinbarung für die Kulturinstitute an. Die Entscheidung vom Sonntag in Schwyz dürfte dieses Ansinnen befördern.

STEFAN HOTZ

Eine Überraschung war es nicht. Mit dem Ja der Schwyzer vom Sonntag zum Ausstieg aus dem interkantonalen Kulturlastenausgleich war zu rechnen. Unmittelbare Folgen für die grossen Zürcher Kulturinstitute hat das zwar nicht. Die Kündigung erfolgt auf Ende 2021, und der Kanton Schwyz will seinen Beitrag von rund 1,8 Millionen Franken (ein Teil davon geht nach Luzern) weiterhin bezahlen, aber neu aus dem Lotteriefonds.

## Teil des Finanzausgleichs

Doch die Kündigung könnte Signalwirkung entfalten. Das befürchtet der frühere Zürcher Regierungsrat Markus Notter, der weiss, wie steinig das Terrain ist. Von 1998 bis 2003 handelte er den Vertrag in mühsamen Gesprächen aus, dann dauerte es weitere fünf Jahre, bis dieser Anfang 2010 in Kraft treten konnte. Heute ist Notter Verwaltungsratspräsident des Opernhauses. In dieser Funktion sagt er auf Anfrage, falls Kantone ihre Beiträge kürzten oder strichen, heisse das nicht, das Opernhaus erhalte weniger Geld. Ziel der Vertrags sei die Entlastung der Kantone Zürich und Luzern.

Umso mehr irritiert ihn der Schwyzer Entscheid. Laut Notter ist der Kulturlastenausgleich ein fester Bestandteil des 2008 in Kraft getretenen Neuen Finanzausgleichs (NFA) und damit in der Verfassung festgeschrieben. «Bricht man dieses wesentliche Element heraus, stellt sich die Frage, ob das ganze System noch trägt», sagt Notter. Dass sich ein Kanton aus dem Vertrag verabschiede, gehe nicht an. Die Beiträge aus dem Lotteriefonds zu bezahlen, schaffe Unsicherheit.

Das Dossier liegt heute bei seiner Nachfolgerin Jacqueline Fehr, Direktorin der Justiz und des Innern. Dass Schwyz den Lastenausgleich quasi zur Lotterie macht, kommentiert sie nicht, denn woher der Kanton die Mittel dafür nehme, sei dessen Sache. Sie bedauert den Entscheid, hält aber fest, immerhin könne man darauf zählen, dass Schwyz seine Beiträge weiterhin entriche, und sie betont: «Es gibt auch Kantone, die gar nichts bezahlen, und das geht nicht.»

Im Juni kündigte Fehr gegenüber der NZZ an, das Thema eine Stufe höher vorzubringen und einen verbindlicheren sprachregionalen Kulturlastenausgleich anzustreben. Nun stellt sie in Aussicht, dass die Deutschschweizer Kulturdirektorenkonferenz, der sie angehört, über das Thema im nächsten Juni diskutieren wird. Bis dahin haben die Kulturbefragten der Kantone den Auftrag, Grundlagen zu erarbeiten. Laufend informiert werden die Finanzdirektorenkonferenz und auch die Konferenz der Kantonsregierungen. «Der Kulturlastenausgleich muss dort geregelt werden, wo er hingehört, im interkantonalen Finanzausgleich», sagt Fehr.

Auch im Aargau hat man schon mit dem Gedanken gespielt, den Vertrag aufzukündigen. Dabei spielten Bedenken mit, den Kulturinstitutionen im eigenen Kanton fehle das Geld, das nach Zürich und Luzern abfließe. Die Diskussion hat sich inzwischen etwas abgekühlt, nachdem der Regierungsrat sich klar gegen eine verpflichtende FDP-Motion für den Ausstieg aus dem Kulturlastenausgleich ausgesprochen und das Parlament sie nur als Postulat überwiesen hatte. Dabei geht es um namhafte Beiträge. Zürich erhält in der Periode 2016–18 jährlich 78 Millionen Franken oder 6 Prozent der Summe, welche die öffentliche Hand für das Opernhaus, das Schauspielhaus und die Tonhalle ausgibt; Luzern bekommt 4 Millionen Franken für das Kultur- und Kongresszentrum, das Theater und das Sinfonieorchester.

## Bund als letzte Zuflucht

Sollten zwischen den Kantonen alle Stricke reissen, besteht noch die im NFA explizit vorgesehene Möglichkeit, einen Kulturlastenausgleich allgemeinverbindlich zu erklären. Das sei das Instrument, um einen Dominoeffekt – den Ausstieg eines Kantons nach dem anderen – zu verhindern, sagt Markus Notter. Beschliessen müsste dies die Bundesversammlung. Sie hätte die Kompetenz, renitenten Kantonen den Beitritt zu einem Konkordat aufzuerlegen. Die Kantone, die Beiträge für ihre Kulturinstitute erhalten, möchten es, wie auch Notter und Fehr, vermeiden, zum letzten Mittel zu greifen und den Bund zum Handeln aufzufordern. Aber mit dem Zaunpfahl zu winken, kann nicht schaden.